

Sperrfrist: 5. Januar 2016, 10.30 Uhr
Es gilt das gesprochene Wort

PRESSESTATEMENT

von

Anton F. Börner

Präsident des Bundesverbandes Großhandel,
Außenhandel, Dienstleistungen e. V. (BGA)

**Bleibt der Wirtschaftsmotor in Zeiten von
Flüchtlingsströmen und Terrorangst in Schwung?**

**Wirtschaftliche Lage und Perspektive
des deutschen Großhandels
- Ergebnisse der aktuellen BGA-Großhandelsumfrage -**

Berlin, 5. Januar 2016, 10.30 Uhr
Tagungszentrum im Haus der Bundespressekonferenz
Schiffbauerdamm 40, 10117 Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren!

der Großhandel wie Deutschland insgesamt steht vor einem äußerst herausfordernden Jahr 2016. Nicht nur national sind der Flüchtlingszustrom und die Terrorgefahr gewaltige Aufgaben. Die größte Gefahr sehe ich aber im Unwillen und Unvermögen Europas, die Ursachen der Euroschuldenkrise endlich konsequent anzugehen.

Das Öffnen der Geldschleusen durch Herrn Draghi und die EZB hat die Zerreißprobe für Europa bislang zwar vertagt. Jedoch sind die nach wie vor mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die anhaltenden unsoliden Staatsfinanzen auch großer Euroländer das Einfallstor für Populisten und Nationalisten und befördern die innere Erosion Europas.

Vor diesem Hintergrund kommt der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft hierzulande eine weit über Deutschland hinausgehende Bedeutung zu. Daher haben wir die Frage, ob die Herausforderungen aus den aktuellen Flüchtlingsströmen und der Terrorgefahr die Wirtschaft bremsen oder ihr zusätzlichen Schub geben, in den Mittelpunkt der traditionellen Umfrage bei den Unternehmen unserer Wirtschaftsstufe im Dezember 2015 gestellt.

Großhandelsklima: Oszillation auf ordentlichem Niveau

In einem anstrengenden Jahr 2015 hat sich der Großhandel erfolgreich behauptet. Obwohl es den Unternehmen gelang, mehr Waren zu verkaufen, konnte der Vorjahresumsatz trotzdem nicht ganz gehalten werden. Auch für 2016 erwarten wir keine Trendwende, weder nach oben noch nach unten, und rechnen mit einer robusten und zugleich kraftlosen Entwicklung im Großhandel.

Der Trend zu einer stärker auf den Konsum gestützten binnenwirtschaftlichen Entwicklung setzt sich fort, während der Handel mit Investitionsgütern, Maschinen und Rohstoffen sich schwach entwickelt. Somit gibt es im Großhandel Licht- und Schatten.

Die Stimmung bei den Unternehmen bleibt insgesamt auf ordentlichem Niveau. Sie hat sich jedoch gegenüber Sommer 2015 eingetrübt.

(Grafik 1)

Die erhoffte Belebung ist ausgeblieben während die Unsicherheiten fortbestehen und sich sogar weiter auffächern. Bei den Unternehmern schwindet die Hoffnung auf

mehr Dynamik und stattdessen macht sich Pragmatismus breit.

In einem weiterhin respektablen, positiven Bereich hat der Großhandelsindikator um gut fünf Punkte nachgegeben und liegt nun bei knapp über 120 Punkten.

(Grafik 2)

Die aktuelle Geschäftslage hat dabei mit 4,4 Punkten etwas weniger nachgegeben und liegt nun bei knapp unter 120 Punkten.

Die Geschäftserwartungen mit über 120 Punkten haben sogar stärker nachgegeben und mehr als 6 Punkte verloren. Geschäftslage und -erwartung liegen damit nun fast auf gleichem Niveau. Dies deutet auf wenig Dynamik im Großhandel hin.

Die im Vergleich zum Sommer verhaltenere Bewertung resultiert aus einer deutlichen Abschwächung der Beurteilung von Erträgen und Umsätzen. Dies sind ungünstige Vorzeichen für die Investitionstätigkeit und für den Beschäftigungsaufbau.

Bei der Kapazitätsauslastung und der Auftragslage sind die Unternehmen ebenfalls zurückhaltend. Beide sind Frühindikatoren für die künftige Entwicklung und bestärken unsere verhaltene Einschätzung für 2016.

Bei den geplanten Investitionen nimmt der Anteil der Unternehmen, die Erweiterungsinvestitionen beabsichtigen deutlich ab, während der Anteil, der bestehende Kapazitäten ersetzen will oder Rationalisierungen plant, wieder zugenommen hat.

Nicht die Finanzierungsbedingungen sind hierfür aus Sicht der Großhändler entscheidend, denn diese bleiben entspannt. Vielmehr verweisen neun von zehn Unternehmen auf eine zu geringe Nachfrage oder sehen keine Notwendigkeit zu investieren. Für die Politik ergibt sich hieraus ein Dilemma: Die expansive Geldpolitik schiebt keine Investitionen an, legt aber den Grundstein für eine zunehmende Inflation, wenn die niedrigen Energiepreise wieder anziehen.

Alles in allem stellen sich die Unternehmen auf eine gedämpfte Konjunktorentwicklung ein. Sie entwickeln Lösungen für die Absicherung ihrer geschäftlichen Aktivitäten, die geopolitischen Risiken unterliegen und suchen nach betrieblichen Lösungen für neue Trends wie der Digitalisierung. Diese Entwicklungen sowie die aktuell rückläufigen Preise und der Wertverfall des Euro führen in den Unternehmen zu Handlungsbedarf.

(Grafik 3)

Konkret schlägt sich dies aufgrund der rückläufigen Preisentwicklung im Großhandel 2015 in einem Rückgang der nominalen Umsätze von 1 Prozent auf nominal 1.120 Milliarden Euro nieder, trotz eines kleinen realen Plus von 0,3 Prozent.

Für 2016 erwartet der BGA bei wachsenden Risiken eine stabile wirtschaftliche Lage. In diesem Umfeld gehen wir davon aus, dass der Großhandel seine Umsätze halten kann und wieder Güter und Dienstleistungen in einem Wert von 1.120 Milliarden Euro nominal verkaufen kann. Um diesen Umsatz zu erzielen, wird der Handel im kommenden Jahr aber erneut wieder mindestens genauso viel Güter und Dienstleistungen verkaufen müssen wie im vergangenen Jahr.

Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Beschäftigten um 11.000 Personen angestiegen ist, rechnen wir für 2016 mit mehr als einer Halbierung und allenfalls mit 5.000 neuen Jobs. Mit einem neuen Beschäftigungsrekord von dann 1,932 Millionen Menschen gehört der Groß- und Außenhandel weiterhin zu den größten Arbeitgebern.

Die Wachstumskräfte in Deutschland bleiben begrenzt. Wachstumsmotoren bleiben die gute Wirtschaftslage mit damit einhergehender stabiler und steigender Beschäftigung. Die Investitionen bleiben jedoch auch weiterhin hinter dem Notwendigen zurück. Der BGA geht in diesem Umfeld angesichts des verhaltenen Ausblicks von einem realen Wachstum für Deutschland von allenfalls 1 ¼ Prozent aus und damit ähnlich stark wie 2015.

Wirtschaftliches Umfeld tragfähig für aktuelle Herausforderungen

Zwar führt die wirtschaftliche Ausgangslage aktuell nicht zu Begeisterungstürmen, nach internationalen Maßstäben ist sie aber weiterhin robust und attraktiv. Produkte und Dienstleistungen „Made in Germany“ bleiben auch in schwierigen Zeiten stark gefragt. Ebenso ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in den vergangenen Jahren deutlich vorangekommen. Die Bundesregierung strebt nach zwei ausgeglichenen Haushalten für 2016 erneut einen ausgeglichenen Haushalt an. Der BGA unterstützt diese Zielsetzung als eine oberste Priorität.

Ein ausgeglichener Haushalt ist Ausdruck von soliden Finanzen und ermöglicht Spielräume in besonders schwierigen Zeiten ohne erdrückende Schuldenlasten. Die schwerwiegenden Folgen ungebremster Schuldenaufnahme für Wirtschaft und Gesellschaft hat die Schuldenkrise in EU-Mitgliedstaaten wie Spanien gnadenlos enthüllt.

Meine Damen und Herren,

die hohe Anzahl an Flüchtlingen, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Unterdrückung, aber auch Armut suchen, fordert unsere Gesellschaft. Für die Versorgung und Unterbringung der Flüchtlinge und deren Integration werden finanzielle Mittel erforderlich, deren Volumen sich heute noch nicht gänzlich abschätzen lässt.

(Grafik 4)

Zwei Drittel der Unternehmen befürchten, dass der ausgeglichene Haushalt angesichts des Flüchtlingsstroms in Frage steht. Sie unterstützen den eingeschlagenen Kurs der Bundesregierung, erforderliche Mehrausgaben durch Einsparungen und Umschichtungen an anderer Stelle zu kompensieren und lehnen eine Ausweitung der Neuverschuldung oder Steuererhöhungen ab.

Mit 70 Prozent sieht der ganz überwiegende Teil der befragten Unternehmer den Zustrom an Flüchtlingen nach Deutschland eher als Chance.

7 Prozent der Unternehmer beschäftigen bereits Flüchtlinge in ihren Unternehmen und weitere fast 40 Prozent können sich vorstellen, Flüchtlinge zu beschäftigen.

(Grafik 5)

Für die Unternehmen ist hierbei vor allem ganz entscheidend, dass die Flüchtlinge zumindest über deutsche Sprachkenntnisse verfügen. Dies setzen 92 Prozent der befragten Unternehmen voraus. 70 Prozent erwarten Grundkenntnisse wie Lesen, Schreiben und Rechnen.

Gefolgt von weiteren Anforderungen wie Arbeitsmotivation und Pünktlichkeit sowie handwerklichen Fertigkeiten mit 55 bzw. 40 Prozent. Hingegen setzen nur 26 Prozent eine abgeschlossene Schul- oder Hochschulausbildung voraus.

(Grafik 6)

Dies spiegelt sich in den möglichen Beschäftigungsarten, die Großhändler Flüchtlingen anbieten könnten. Abgesehen von gut einem Drittel, die keine Beschäftigungsmöglichkeiten in ihrem Unternehmen sehen, überwiegen zunächst einfache Helfertätigkeiten, beispielsweise in den Lägern (40 Prozent) sowie Ausbildungs- und Praktikumsangebote (28 bzw. 25 Prozent).

Der Großhandel kann damit den Flüchtlingen eine berufliche Perspektive bieten, in das Arbeitsleben einzusteigen. Die Hälfte der Befragten würde einem bis zu fünf Flüchtlingen eine Beschäftigung geben. Allerdings hängen die Perspektiven stark

von den Vorkenntnissen der Flüchtlinge ab. Deshalb ist es wichtig, die Flüchtlinge frühzeitig beim Erwerb von Sprachkenntnissen zu fördern, um die Grundlage für eine schnelle und erfolgreiche Integration zu schaffen.

(Grafik 7)

Damit mehr Flüchtlinge in Deutschland eine berufliche Zukunft finden, müssen bestehende Hürden abgebaut werden. 69 Prozent der befragten Großhändler sehen bestehende Planungsunsicherheit durch ungeklärten oder befristeten Aufenthaltsstatus als Hürde für die Beschäftigung von Flüchtlingen, 56 Prozent einen zu hohen bürokratischen Aufwand für das Unternehmen als Arbeitgeber und 49 Prozent Beschränkungen bei der Arbeitserlaubnis. Hingegen ist der gesetzliche Mindestlohn für die breite Mehrheit von 80 Prozent kein Einstellungshindernis.

Insgesamt glaubt die Mehrheit der Befragten, dass die Integration der Flüchtlinge über kurz oder lang erfolgreich gelingt. Jedoch schwingt auch Skepsis mit: 41 Prozent befürchten erhebliche gesellschaftliche Probleme.

Meine Damen und Herren,

eine große Herausforderung unserer Zeit ist die Terrorgefahr. Die abscheulichen Anschläge, wie sie jüngst Frankreich erschüttert haben, sind eine ernsthafte Bedrohung für jeden Einzelnen wie für die Gesellschaften insgesamt und können nicht hingenommen werden. Unzweifelhaft gilt es Freiheit und Wohlstand zu erhalten und den Menschen weiterhin die Sicherheit zu vermitteln, für die Europa seit nunmehr gut 70 Jahren steht.

(Grafik 8)

Die Unternehmen setzen dem Terrorismus ein starkes Signal entgegen. 85 Prozent sagen: „Bange machen gilt nicht“. Sie zeigen sich von Terrorismus unbeeindruckt und setzen ihr Geschäft im In- und Ausland weiter fort. Sie sehen ihr Unternehmen auch nicht durch die in jüngster Vergangenheit ergriffenen Antiterrormaßnahmen in ihren Geschäften behindert. Wenn doch, dann insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei Grenzkontrollen. Auch die Reisetätigkeit ihrer Mitarbeiter wollen 95 Prozent der Unternehmen trotz der Terrorgefahr nicht einschränken.

(Grafik 9)

Die Unternehmen vertrauen auf die staatliche Ordnung und seine zentrale Aufgabe, die Sicherheit in Deutschland zu garantieren, auch wenn sich darüber hinausgehend

einige mit Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz ihrer Mitarbeiter und Kunden beschäftigen.

Bremsen lösen für mehr Dynamik!

Meine Damen und Herren,

die deutsche Wirtschaft kommt mühsam voran. Wir sehen uns mit einer Vielzahl an Herausforderungen konfrontiert, zu deren zentralen und drängendsten aktuell die Integration einer großen Zahl an Flüchtlingen und die Eindämmung von Terrorismus zählt.

Unsere größte Sorge aber gilt Europa. Dort braut sich eine äußerst gefährliche Suppe zusammen. Dabei richtet sich die Wut nicht nur gegen Brüssel, sondern zunehmend gegen Berlin, um vom eigenen Versagen abzulenken. Unpopuläre Strukturreformen sind seit Jahren unterlassen worden, mit dem Ergebnis, dass Länder wie Frankreich schon heute überschuldet sind und kaum mehr Wachstum generieren. Die dortige schleichende Deindustrialisierung mit einhergehend hoher Arbeitslosigkeit ruft Rechts- wie Linkspopulisten auf den Plan. Deren nationalistisch-antieuropäische und protektionistische Rezepte kombiniert mit sozialen Wohltatsversprechungen führen vollends in den wirtschaftlichen Abgrund. Denn dauerhaft können auch sie nicht gegen die Gesetze der Ökonomie anregieren. Abschottung führt vielmehr zu breiter Verarmung, wie in Südamerika zu beobachten ist. Wer sich von der Globalisierung abkoppelt, verliert an Wettbewerbsfähigkeit – und damit an Wohlstand.

Wenn etwa Frankreich sich wieder als reiner Nationalstaat begreift, der vor allem protektionistisch handelt, wird ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen.

Die Europäische Union und deren Regierungsvertreter müssen sich wieder auf die ihnen übertragene Verantwortung nicht nur für ihre nationalen Eigeninteressen, sondern auch auf das europäische Ganze zurückbesinnen. Wenn wir uns beispielsweise im Kampf gegen den Terrorismus uneinig und unentschlossen zeigen, spielen wir nur denjenigen in die Hände, die die Unsicherheit ausnutzen wollen. Deswegen unterstützen wir die Bundesregierung, weiterhin umsichtig für eine Stärkung der Europäischen Union zu handeln.

Die Finanzpolitik muss in Deutschland wie auch an den anderen Staaten auf eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Eindämmung der Staatsschulden auch in herausfordernden Zeiten ausgerichtet bleiben. Flüchtlinge und Terror eignen sich

nicht als Deckmantel für das Aufschieben bestehenden Handlungsbedarfs zur Einhaltung eines soliden Haushaltes und zur Belebung der Wirtschaft durch Investitionsanreize, Entbürokratisierung und Vereinfachungen in allen Rechtsbereichen. Mit der geschaffenen Zielsetzung Bürokratieregelung „one in – one out“ kann die Politik hierzulande zeigen, wie ernst sie es selbst mit dem Bürokratieabbau meint.

Mit großer Besorgnis schaue ich auf die aktuelle Niedrigzinspolitik, die sich auf eine Politik des billigen Geldes stützt. Sie schadet dem Fundament unserer Währung, dem Vertrauen in den Euro. Durch die Gelddruckmaschine und die niedrigen Zinsen kann sich der Staat zwar günstig finanzieren, die drückende Kehrseite ist, dass das mühsam von Bürgern und Betrieben erarbeitete Vermögen an Wert verliert. Dies manifestiert sich beispielweise an den Rückstellungen in den Unternehmen, vor allem an Pensionsrückstellungen. Um die Ansprüche von morgen zu decken, müssen die Zuführungen erhöht werden, zugleich bedient sich der Staat über den gesetzlich vorgeschriebenen unrealistischen Zinssatz bei der Bewertung sowie bei Steuernachforderungen.

Der billige Euro gaukelt auch hierzulande eine wirtschaftliche Stärke vor, die wir so nicht haben. Deshalb gilt es auch für Deutschland, weiter am Erhalt seiner Wettbewerbsfähigkeit zu arbeiten. Die drängendsten Baustellen sind bekannt: Wenn wir die Leistungsfähigkeit erhalten wollen, die wir für die Herstellung und den Handel unserer Güter und Technologien brauchen, müssen wir die Infrastruktur modernisieren, uns auf die Anforderungen der Digitalisierung einstellen und den Wohnungsbau durch attraktive Konditionen stärker fördern. Diese Liste könnte noch beliebig verlängert werden. Nehmen wir die großen Herausforderungen an und arbeiten diese konsequent und kontinuierlich ab!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!